

Wir sehen, daß die Gründung des Staates Israel für im Lande und besonders in den seit 1967 besetzten Gebieten lebende christliche und moslemische Menschen Ungerechtigkeiten mit sich gebracht hat. Wir spüren auch die Ratlosigkeit der Menschen und Völker im Nahen Osten, die bis heute in Konflikten leben. Die Lösung dieser Konflikte ist nur unter der Voraussetzung der Anerkennung des Rechtes auf staatliche Existenz Israels denkbar. Weitere Schritte sind notwendig und erfordern Toleranz, Gleichberechtigung und Wahrung des Lebensrechtes aller dort lebenden Menschen.

Mit dem jüdischen Volk in Israel und in aller Welt freuen wir uns darüber, daß seit nunmehr 40 Jahren ein jüdischer Staat besteht. Zum 40. Jahrestag der Staatsgründung Israels beten wir zu Gott, daß er seinem Volk Israel Frieden gewähre und alle Menschen im Nahen Osten miteinander zu innerem und äußeren Frieden führe.

Wortlaut in:

- Verhandlungen der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden, Ordentliche Tagung vom 10. bis 15. April 1988.

- Friede über Israel 71, 1988, 117f.

E.III.7' DIE EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND UND DER BUND DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN DER DDR

Wort zum 50. Jahrestag des Pogroms im November 1938 vom 26. Mai 1988

Der 50. Jahrestag des Novemberpogroms von 1938 führte zu einer breiten Diskussion der Vorgänge in der kirchlichen und politischen Öffentlichkeit während des ganzen Jahres 1988. Verschiedene deutsche Landeskirchen haben Erklärungen abgegeben. Die weiteste Verbreitung fand diejenige von EKD und BEKDDR, auf die sich weitere Kirchen in ihren Erklärungen bezogen haben, so u.a. die Synode der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche am 24.9.1988, der Präses und die Synode der Evangelischen Kirche von Westfalen am 24.10.1988, die Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens am 25.10.1988, die Landessynode der Evangelischen Landeskirche Anhalts auf ihrer Tagung vom 3.–5.11.1988 und die Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen auf ihrer Tagung vom 3.–6.11.1988.

Am 9. November 1988 jährt sich zum 50. Male der Tag, an dem im ehemaligen Deutschen Reich auf Befehl der nationalsozialistischen Machthaber die Synagogen brannten: Jüdische Gotteshäuser wurden geschändet, jüdische Geschäfte und Wohnungen geplündert, jüdische Mitbürger wurden mißhandelt, verschleppt, erschlagen.

Was im November 1938 geschah, das geschah öffentlich, geschah vor aller

Augen. Die Verfolgung richtete sich gegen alle Juden. Der Rassenwahn offenbarte seine menschenverachtende Grausamkeit. Niemand konnte sagen, er habe nichts gewußt. Diejenigen, die dieses Verbrechen vorbereitet und ausgeführt haben, konnten dabei mit Zustimmung, mit gleichgültigem Wegsehen oder mit verängstigtem Stillschweigen bei der Mehrheit unseres Volkes rechnen. Auch die Christen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – haben damals geschwiegen.

Wie konnte es zu diesem Unrecht in einem Lande kommen, in dem die Bevölkerung für sich selber vor allem Recht und Ordnung forderte? Der nationalsozialistischen Führung standen zwei Ziele vor Augen, als sie den November-Pogrom organisierte:

Die deutschen Juden sollten in einem öffentlichen Akt gedemütigt werden. Man wollte sie isolieren, einschüchtern und wo immer möglich, zur Auswanderung zwingen – unter Zurücklassung ihres Besitzes. Das Schlagwort „Reichskristallnacht“ verharmlost, was der Tag der Zerstörung der Synagogen wirklich bedeutet hat. Er war ein weiterer Schritt auf dem Unheilsweg, der schließlich zum millionenfachen Morden in Auschwitz und an anderen Orten der Vernichtung geführt hat.

Darüber hinaus diente das brutale Handeln an den Juden zur Einschüchterung der gesamten deutschen Bevölkerung. Das Ausbleiben eines ernsthaften Protestes zeigte, wie mächtig die Diktatur zu diesem Zeitpunkt bereits war.

Von nun an wußten die Machthaber, was sie sich an Unrecht und Gewalt erlauben konnten, ohne mit Widerstand aus der breiten Bevölkerung rechnen zu müssen. So bereitete der 9. November 1938 der vom Rassenwahn getriebenen sogenannten „Endlösung der Judenfrage“ den Weg; er beschleunigte zugleich den Absturz in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges. Die brennenden Synagogen waren ein Fanal. Bald brannten auch deutsche Städte mit ihren Kirchen. Wenn wir heute an diese Vorgänge vom November 1938 erinnern, tun wir es nicht, um anklagend vor die Generation der damals Beteiligten zu treten. Wir tun es vielmehr in dem Bewußtsein, daß die Schuld jener Zeit ihre bindende Macht behält, wenn wir sie verschweigen oder verdrängen. Auch wenn einzelne der damals Beteiligten für ihre Taten gebüßt haben, auch wenn andere inzwischen gestorben sind und eine neue Generation herangewachsen ist, haften wir alle für die Folgen der schuldhaften Vergangenheit. Indem wir dieser bitteren Erkenntnis standhalten, werden wir uns bewußt, daß Theologie und Kirche an der langen Geschichte der Entfremdung und Feindschaft gegenüber den Juden beteiligt waren. Die Kirche sah nicht die tiefe innere Verbindung von Judentum und Christentum. Sie betrachtete die Synagoge, als sei sie von Gott verstoßen, statt in ihr das von Gott zuerst geliebte und erwählte Volk zu erblicken. Die Juden erlebten das Kreuz weithin nur als Verfolgungszeichen.

Theologische und historische Forschung hat uns in den vergangenen Jahren den Blick für Verbindendes und Gemeinsames im Glauben von Christen und Juden neu geöffnet. Es ist uns bewußt geworden, was es bedeutet, daß der Vater Jesu Christi der in der Bibel bezeugte Eine Gott ist, der sein Volk aus der Sklaverei befreite, der ihm die Treue hält und seinen Bund mit Israel niemals aufgekündigt hat.

Darum darf unser Denken, Reden und Handeln nie wieder dazu beitragen,

Feindschaft gegen die Juden zu fördern. Wir müssen uns bemühen, aus unserer Alltagssprache alle Redewendungen zu verbannen, die Juden verletzen. Das gleiche gilt für die Sprache der kirchlichen Verkündigung. Vor allem aber haben wir die Pflicht, wahrheitsgetreue Kenntnisse über das Judentum, die jüdische Religion, Geschichte und Kultur sowie den jüdischen Staat – besonders in der jüngeren Generation – zu verbreiten und zu vertiefen. Der christlich-jüdische Dialog über zentrale Fragen unseres Glaubens verdient auf allen Ebenen Förderung und Unterstützung. Dankbar sind wir für die zahlreichen Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise, die sich seit Jahren mit der Thematik „Kirche und Judentum“ beschäftigen. Wir ermutigen alle, in ihrem Bemühen um Verständigung zwischen Christen und Juden nicht nachzulassen. Wir bitten die Gemeinden, diese wichtige Arbeit tatkräftig zu unterstützen und nach Wegen der Begegnung zwischen Christen und Juden zu suchen.

Anerkennung verdienen auch die Bemühungen um Erhaltung und würdige Pflege der überkommenen Zeugnisse aus der reichen jüdisch-deutschen Geschichte.

Wir wollen den Juden, die trotz der unheilvollen Vergangenheit mit uns zusammenleben, die Gewißheit geben, hier Heimat zu besitzen. Ebenso treten wir dafür ein, daß der Staat Israel mit seinen Nachbarn in gerechten Grenzen einen sicheren Frieden findet.

Fünfzig Jahre nach dem Tag der Zerstörung der Synagogen bitten wir Gott, daß Juden und Christen unter seiner Güte ihren Weg in die Zukunft gemeinsam gehen können. Er erfülle an uns allen – Juden und Christen – seine Verheißungen.

Wortlaut in: Friede über Israel 71, 1988, 140f.

E.III.8'

DER RATSVORSITZENDE DER EVANGELISCHEN KIRCHE DER UNION – BEREICH BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND BERLIN-WEST

Bericht vor der EKU-Synode (Auszug) vom 28. Mai 1988

In seinem Bericht vor der Synode der EKU stellt der Ratsvorsitzende, D. Hans-Martin Linnemann, einerseits in einem Rückblick die kirchlichen Hintergründe dar, die im Umfeld der Pogromnacht von 1938 wichtig waren, andererseits weist er auf die in der Gegenwart notwendigen Konsequenzen hin.

I. Erinnerung an den 9. November 1938

Fünfzig Jahre sind es in diesem Jahr her, seit in unserem Land jene Anschläge organisierter Nazikommandos gegen jüdische Mitbürger und ihre Einrichtungen verübt wurden, die man dann, propagandistisch verharmlosend, als